



Lukas Aster, Am Löwenberg 17, 47665 Sonsbeck
Gudrun Bryk, Hülsemannshof 18A, 46537 Dinslaken
Helga Eimers, Wiesenstr. 5, 46483 Wesel
Christa und Norbert Kalisch, Bertha von Suttner Str. 1a, 46509 Xanten
Peter Kiehlmann, Wedenhofstr. 46, 47445 Moers
Klaus Kubernus-Perscheid, Pastor Wolf Str. 12, 46487 Wesel
Ingo Kübler, Deventerstr. 26, 46485 Wesel
Hubert Kück, Breiter Weg 60E
Ingeborg Lay-Ruder, 47408 Moers, PSF 1852
Karla Leonartz-Aksu, Jaegerstr. 8, 46562 Voerde
Jürgen Potzies, Alpener Str. 77, 47495 Rheinberg
Karin Pohl, Xantener Str. 44, 47441 Moers
Roman Reisch, Blücher Str. 9, 46483 Wesel
Christa Steinert, Düker Str. 7, 46562 Voerde
Günther Wagner, Im Kathenbusch 32, 46487 Wesel
Sascha Wagner, Wallstr. 42, 46535 Dinslaken

Wesel, 15. August 2014

An den Landrat des Kreises Wesel
Herrn Dr. Ansgar Müller
Reeser Landstraße 31
46483 Wesel

Betr.: Anregung gemäß § 21 KrO NRW,

Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA

Sehr geehrter Herr Landrat Dr. Müller,

seit einigen Monaten verhandelt die EU - Kommission unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit den Vereinigten Staaten über ein Freihandelsabkommen (TTIP). Geschaffen werden soll die größte Freihandelszone der Welt mit einem gemeinsamen globalen Markt.

Über ein ähnliches Abkommen verhandelt die EU derzeit auch mit Kanada (CETA).

Parallel dazu laufen weitere Verhandlungen mit 21 anderen Ländern (TiSA), um den Handel mit Dienstleistungen zu liberalisieren.

Während Regierungen und EU-Institutionen mit hohen Wachstums- und Beschäftigungserwartungen frohlocken, verstehen wir die geplanten Abkommen eher als eine Bedrohung für Demokratie, soziale Rechte, Verbraucher- und Umweltschutz. Sollten die Abkommen zustande kommen, erwarten wir gravierende Folgen für die Menschen in unserer Region.

Daher bitten wir Sie, die nachfolgende Bürgeranregung gemäß § 21 Kreisordnung NRW auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreistages zu setzen:

Der Kreistag Wesel möge folgende Resolution beschließen:

Der Kreistag Wesel fordert

- die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Europäischen Parlament, im Bund und im Land auf, sich dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen über die Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA öffentlich geführt werden müssen. Die Kommunen müssen frühzeitig in die Verhandlungen eingebunden werden.

- die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Europäischen Parlament, im Bund und im Land auf, dass bei den Verhandlungen zu den Handelsabkommen TTIP und CETA dafür Sorge zu tragen ist, dass bestehende Umwelt-, Gesundheits- und Sozialstandards künftig nicht als „Investitionshemmnisse“ von einem geheim tagenden, mit privaten Wirtschaftsanwälten besetzten, Schiedsgericht ausgehebelt werden dürfen.
- die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger im Europäischen Parlament, im Bund und im Land auf, dafür zu sorgen, dass eine Verabschiedung der Freihandelsabkommen durch eine breite demokratische Mehrheit erfolgen muss und das Recht der Kommunen auf lokale Daseinsvorsorge nicht angetastet werden darf.

Darüber hinaus fordert der Kreistag Wesel

- den Landrat auf, über die kommunalen Spitzenverbände die verfügbaren Informationen einzuholen und den Kreistag regelmäßig über den Stand der Verhandlungen zu informieren.
- den Landrat und die Verwaltung auf, die Öffentlichkeit über die Auswirkungen durch TTIP, CETA und TiSA zu informieren.

Begründung:

1. Demokratie und Transparenz

Derzeit finden Verhandlungen zwischen der EU Kommission und den USA (TTIP) unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Zugang zu den Dokumenten haben hingegen 600 Vertreter von Konzernen. Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten. Obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag, sowie Landkreistag) nicht in die Verhandlungen eingebunden. Dies entspricht nicht unserem Verständnis von Demokratie. Vielmehr muss die Einbeziehung in die Verträge so frühzeitig erfolgen, dass die Gestaltungsfähigkeit gegeben ist.

2. Investitionsschutz für Konzerne

Internationale Konzerne erhalten bei TTIP und CETA ein Sonderklagerecht gegen demokratisch beschlossene Gesetze. Zwischen Staaten mit funktionierenden Rechtssystemen ist eine Investitionsschutzklausel u. E. überflüssig. Vielmehr stellen "private Schiedsgerichte" ein Parallelrechtssystem dar, das grundlegende Prinzipien des Rechtsstaates unterläuft und Konzerne mächtiger macht als demokratisch gewählte Regierungen. Da sogar die Beschlüsse von Gemeinden Anlass für solche Klagen sein können, würde dies dazu führen, dass wir uns in voreuseilendem Gehorsam, bei jedem unserer Beschlüsse überlegen müssten, ob sie eventuell die Gewinnerwartung eines Konzerns schmälern würden und somit eine Klage gegen den Staat nach sich ziehen könnten. Der Kreis Wesel hat bislang keine Rücklagen für die zu erwartenden Prozesse vor den Schiedsgerichten gebildet. Sollte es zu einem Prozess kommen, ist er kapitalkräftigen Konzernen schutzlos ausgeliefert. Mögliche Entschädigungszahlungen müssen dann von den SteuerzahlerInnen übernommen werden.

3. Privatisierung von kommunalem Eigentum

Die Abkommen, insbesondere TiSA, könnten die Privatisierung städtischer Einrichtungen und Betriebe nicht nur erleichtern, sondern es könnte den Kommunen sogar erschweren, öffentliche Dienstleistungen weiterhin in Eigenregie anzubieten. So sind z. B. kommunale Wasserwerke in den Augen der großen Wasserkonzerne Monopole, die abgeschafft und einem „freien und gesunden“ Wettbewerb ausgesetzt werden müssen. Damit steht die gerade erst im letzten Jahr abgewehrte Ausschreibungspflicht der öffentlichen Wasserversorgung wieder auf der Tagesordnung. Aber auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge wie der Nahverkehr, die Abfallentsorgung, das Gesundheitswesen, der Bildungsbereich oder die Sparkassen könnten durch die Abkommen den Profitinteressen privater Konzerne geopfert werden.

4. Öffentliche Auftragsvergabe

Sollten die Abkommen in Kraft treten ist es fraglich, ob es den jeweiligen Behörden weiterhin möglich sein wird, Aufträge auf Grundlage regionaler, sozialer und ökologischer Kriterien zu vergeben. Ihnen wird auf diese Weise ein wichtiges Instrument genommen, um auf die Wirtschaftsentwicklungen vor Ort Einfluss zu nehmen.

5. Klimaschutz

Regionales Wirtschaften bedeutet kurze Wege, weniger Transporte und weniger Energieverbrauch und das heißt mehr Klimaschutz. Wenn demnächst US-Firmen ihre Waren in unsere Region transportieren, bedeutet das mehr Verkehr und mehr CO₂ - Emissionen. Schon jetzt beträgt der Anteil der verkehrsbedingten CO₂ - Emissionen in der Stadt Wesel 36 %. Tendenz steigend.

6. Fracking

Trotz einer Resolution des Kreistages gegen das Fracking könnten internationale Konzerne die Gewinnung von Frackinggas in unserer Region erzwingen. Aber nicht nur das: Frackinggas könnte aus den USA nach Deutschland exportiert werden und den Umstieg auf eine klimafreundliche Energieversorgung im Rahmen der Energiewende gefährden.

7. Arbeitsrechte

Die Initiatoren und Fürsprecher der Abkommen versprechen vor allem "Jobs". Gemeint sind zumeist ungesicherte Tätigkeiten – gerne zu Niedriglohnbedingungen, oft in Teilzeit und befristet. Schon jetzt arbeiten fast 50% der Beschäftigten im Kreis Wesel in atypischen Beschäftigungsverhältnissen (WSI, Hans Böckler Stiftung, 2013). Die Abkommen würden den Druck auf elementare Arbeitsrechte und gesicherte Arbeitsverhältnisse weiter verschärfen. Was wir dagegen für die Zukunft brauchen, sind faire Löhne für gute Arbeit in gesicherten und demokratischen Verhältnissen.

Die oben genannten Unterstützerinnen und Unterstützer des Antrages haben mir am 12. August unter Zeugen ihre Unterstützung für diesen Antrag bestätigt und mich beauftragt in ihrem Namen diesen Antrag einzureichen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Kubernus-Perscheid

Ähnliche Resolutionen, Beschlüsse oder Anfragen wurden auch in anderen kommunalen Gremien behandelt. Hier eine kleine Auswahl:

Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetags am 12. Februar 2014 in München

http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/siteuebergreifend/2014/beschluss_freihandelsabkommen_mit_eri%C3%A4uterungen.pdf

Beschluss des Kreisverbandes Roth des Bayerischen Gemeindetages zu TTIP, CETA und TiSA

<http://bayernsgk.de/workspace/media/static/beschluss-buergermeister-des-l-53df3fc533322.pdf>

SPD Rednitzhembach · Pruppacher Weg 5 91126 Rednitzhembach

http://spd-rednitzhembach.de/workspace/media/static/antrag-ttip_status_16.06.14-53c2780e5b60c.pdf

Stadt Fürth

http://www.attac.de/fileadmin/user_upload/Kampagnen/ttip/kommunen/Fuerth_140627_Stadtratsbeschluss_25.06.14_zu_TTIP.pdf

Die Linke, Stadt Eschweiler

<http://www.dielinke-aachen.de/parlamente/stadtraete/rat-eschweiler/1808-stoppt-ttip>